

MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 28 35 48
Fax: (069) 29 63 30
post@mhm-ffm.de
www.mhm-ffm.de

30.10.2003

Aufhebung der Wohnraumzweckentfremdungsverordnung durch die CDU-Landesregierung

Das Gesetz gegen Wohnraumzweckentfremdung stammt vom 4. November 1971 und wurde für das Land Hessen durch Verordnung vom 25. Januar 1972 in Kraft gesetzt. 30 Jahre später will nun die CDU-Landesregierung die Vorschrift abschaffen. Damit wäre ab nächstem Jahr erlaubt, Wohnraum in Büros umzuwandeln oder leerstehen zu lassen.

In Frankfurt am Main ist die Wohnraumzweckentfremdungsverordnung nicht nur ein wichtiger Schutz für Mieter vor Vertreibung und Obdachlosigkeit, sondern auch ein unverzichtbares Instrument der Stadtentwicklung. Der Druck der Investoren hat seit den siebziger Jahren zur Umwandlung von 2 Stadtteilen geführt: Aus Wohnvierteln im Westend wurden Bürogebiete. Im Bahnhofsviertel ist die Umwandlung mittels Leerstand und Verfall der Wohnhäuser voll im Gang.

Immerhin war das Gesetz bisher in der Lage, die schlimmsten Auswirkungen auf andere innenstadtnahe Stadtteile wie Nordend, Sachsenhausen, Bockenheim und Bornheim abzuwenden. **Durch die Entscheidung der CDU-Landesregierung werden diese Stadtteile ab 2004 in großem Umfang Wohnanteile verlieren.** Und es werden erfahrungsgemäß Fälle auftreten, in denen Mieter mit illegalen Methoden zur Wohnungsaufgabe gezwungen werden.

Dass die CDU diese Entscheidung in einer Zeit wachsenden Leerstands an Büroraum trifft, zeigt deren Abhängigkeit von der Hauseigentümerlobby. Denn wo für Wohnraum maximal € 10,- pro qm erzielbar sind, bringt eine Umnutzung zum Büro mindestens das Doppelte.

Mit solchen Umwandlungen wird aber verhindert, dass das bestehende Überangebot an Flächen in Bürogebäuden (die nicht viel günstiger als umgewandelte Wohnflächen angeboten werden können) zur Entlastung des Wohnungsmarkts führen kann. Die Legalisierung von Büroumwandlungen führt also nicht nur zur Zerstörung der Wohnfunktion innenstadtnaher Stadtteile. Es ist auch für die Stadtentwicklung Frankfurts sinnlos, zusätzlichen Büroraum zur Verfügung zu stellen.

Jürgen Lutz